

Der Oberste Gerichtshof verurteilt katalanische politische Gefangene zu 13 Jahren Haft

Die harten Urteile stehen inmitten einer Kriminalisierungskampagne der Regierung und der spanischen Medien gegen die katalanische Unabhängigkeitsbewegung und eines breiten Einsatzes der Zivilgarde und der Nationalpolizei in Katalonien

Heute Morgen hat der Oberste Gerichtshof die gefürchteten Urteile des Prozesses gegen die Unabhängigkeit Kataloniens veröffentlicht, der Anfang Februar dieses Jahres begann und fünf Monate dauerte, unter genauer Beobachtung und mit eingeschränktem Zugang. Das Urteil, mit einer Höchststrafe von 13 Jahren, wird in unterschiedlichem Maße die Verbrechen der Aufruhr, der Veruntreuung öffentlicher Gelder und des Ungehorsams betreffen. Die Rebellion, die das schwerste Verbrechen in der Anklage war, und, die den Einsatz von Gewalt erfordert, ist nach den Urteilen nicht bewiesen.

Verurteilt werden Jordi Sánchez, ehemaliger Präsident der Katalanischen Nationalversammlung, 9 Jahre; Jordi Cuixart, Präsident von Òmnium Cultural, 9 Jahre; Carmen Forcadell, ehemalige Präsidentin des Parlaments von Katalonien, 11,5 Jahre; Oriol Junqueras, ehemaliger Vizepräsident der katalanischen Regierung, 13 Jahre; Raül Romeva, ehemaliger Außenminister der katalanischen Regierung, 12 Jahre; Dolors Bassa, ehemaliger Arbeitsminister der katalanischen Regierung, 12 Jahre; Jordi Turull, ehemaliger Minister der Präsidentschaft und Sprecher der katalanischen Regierung, 12 Jahre; Josep Rull, ehemaliger Minister für Territorium und Nachhaltigkeit der katalanischen Regierung, 10 Jahre und Joaquim Forn, ehemaliger Innenminister der katalanischen Regierung, 10 Jahre. Der ehemalige Minister für institutionelle Beziehungen der katalanischen Regierung Meritxell Borràs, der ehemalige Justizminister der katalanischen Regierung Carles Mundó und der ehemalige Kulturminister und spätere Unternehmensminister der katalanischen Regierung Santi Vila sind wegen eines Verbrechens des Ungehorsams mit einer Geldstrafe belegt worden.

Mit diesen Urteilen soll die katalanische Minderheit, insbesondere die katalanische Unabhängigkeitsbewegung, bestraft werden. Sie verletzen damit mehrere Menschenrechte: das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf friedliche Versammlung, das Recht auf Unschuldsvermutung und das Recht auf ein faires Verfahren.

"Ein Schauprozess"

Internationale Organisationen und NGOs, wie die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierung, Amnesty International, die Parlamentarische Versammlung des Europarates und Dutzende von politischen Vertretern haben sich gegen die missbräuchliche Situation der Angeklagten vor, während und nach dem Prozess ausgesprochen. Die größten Gruppen von Vertretern bestehen aus 41 französischen Senatoren, 40 Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder 37 Mitgliedern des britischen Parlaments. Es wurden zahlreiche Fälle vorgelegt, in denen die sofortige Freilassung politischer Gefangener gefordert wurde, mit Argumenten, die auf das Fehlen von Gewalt, unverhältnismäßige Anklagen und Beschränkungen, den Missbrauch von Untersuchungshaft und die Unfähigkeit des Gerichts, einen fairen Prozess zu gewährleisten, zurückzuführen sind.

Der Oberste Gerichtshof lehnte zunächst den Eintritt internationaler Beobachter in den Gerichtssaal ab und schränkte ihn dann stark ein. Etwa zwei Dutzend Beobachter haben in Zusammenarbeit mit der International Trial Watch einen "Schauprozess" der Staatsanwaltschaft angeprangert, die versuchte, die Anschuldigungen der Gewalt zu beweisen,

indem sie eine Reihe von Zeugen der Zivilgarde vorstellte, die in einer vorbereiteten und geprobt Version aussagten.

Zukünftige Aktionen

Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung bereitet sich bereits auf die nächste Maßnahme vor: Wenn die gerichtliche Entscheidung in Kraft tritt, werden die katalanische Nationalversammlung und andere Organisationen der Zivilgesellschaft die Bürger auffordern, jede Aktivität einzustellen und aus Protest Lärm auf den Straßen zu machen.

Am Nachmittag des gleichen Tages werden in Katalonien und auf der ganzen Welt Demonstrationen an emblematischen Orten oder in spanischen Botschaften organisiert. Darüber hinaus werden in derselben Woche fünf große Märsche aus verschiedenen Teilen Kataloniens nach Barcelona abreisen. Diese Demonstrationen werden drei Tage dauern und mit einem Generalstreik enden, dessen Ziel die Lähmung des Landes und die Verurteilung der Unterdrückung durch die Bevölkerung ist.